



# BESCHLUSSBUCH

**Bezirkskonferenz der Jusos Niederbayern  
am 27.05.2023 in Passau**

 / JUSOSNIEDERBAVERN

 @JUSOSNIEDERBAVERN

**JUSOS-NIEDERBAVERN.DE**

# Inhalt

<b>C: Wohnen</b>	<b>3</b>
C-1: Bayern treibt den sozialen Wohnungsbau voran	3
<b>D: Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik</b>	<b>6</b>
D-1: Angleichung unserer Beschlusslage zum Verfassungsschutz	6
<b>F: Feminismus und Gleichstellung</b>	<b>7</b>
F-1: Reale Versorgungslage für ungewollt Schwangere anerkennen und Missstand beheben	7
F-2: Solidarität mit Betroffenen von übergriffigem Verhalten	11
<b>I: Internationales</b>	<b>13</b>
I-1: Praktische Solidarität mit der feministischen Revolution im Iran	13
<b>K: Kampf gegen Rechts</b>	<b>21</b>
K-1: Autoritäre Antidemokrat*innen entschieden bekämpfen - Zum Umgang mit der AfD	21
<b>O: Organisationspolitik</b>	<b>26</b>
O-1: RPJ-Topf gründen	26

## **C: Wohnen**

### **C-1: Bayern treibt den sozialen Wohnungsbau voran**

**Adressat\*innen:** SPD-Bezirksparteitag

1 In unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist Wohnraum immer teurer geworden und trägt  
2 fundamental zur systematischen Umverteilung von den Vielen zu wenigen Besitzenden bei. Auch  
3 wenn das Problem deutlich weitreichender ist, ist eine der zentralen Stellschrauben der soziale  
4 Wohnungsbau durch staatliche Institutionen. Seit Jahren geht der soziale Wohnungsbau  
5 landesweit zurück, mittlerweile ist er fast zum Erliegen gekommen. Gleichzeitig fallen immer mehr  
6 Wohnungen aus der Mietpreisbindung oder werden für kurzfristigen Profit privatisiert, was dazu  
7 führt, dass die Zahl der Sozialwohnungen seit den 90ern kontinuierlich abnimmt.

8 Erschwinglicher Wohnraum wird durch die verfehlte Politik allgemein immer knapper. Das trifft  
9 besonders Menschen, die ohnehin schon kaum über die Finanzen für das tägliche Leben verfügen,  
10 noch härter als andere. Für uns ist klar, dass Wohnraum Menschenrecht ist und die momentane  
11 Wohnraumpolitik zur direkten Existenzbedrohung für Menschen wird.

12 Etwaige Abhilfen von Mietpreisbremsen obliegen allein dem Bund, doch können auch Länder und  
13 Kommunen dem Problem effektiv entgegenwirken.

14 Forderungen:

- 15 • Effektives und langfristiges Vorantreiben des sozialen Wohnungsbaus durch Kommunen,  
16 Landes- und Bundesregierung
- 17 • Privatisierungsstopp von Sozialwohnungen
- 18 • Konsequente Enteignung von Grundstücken für den Neubau von Sozialwohnungen
- 19 • Nachhaltige Finanzierung durch vorausschauende Planung und Finanzierung
- 20 • gezielte Schaffung von Wohnraum für Auszubildende, da Ausbildung und die  
21 Qualifizierung von Arbeitnehmer\*innen besonders unterstützt werden muss

22 Begründung:

23 Durch steigende Baukosten wird die öffentliche Hand immer mehr zur einzigen Option für den  
24 Neubau von Wohnungen für niedrige Einkommen, da hier keine reine wirtschaftliche Kalkulation  
25 sondern das Wohl der Bürger\*innen zum Tragen kommt. Deshalb sollen Kommunen, Landes- und  
26 Bundesregierung endlich den sozialen Wohnungsbau mit Förderprogrammen effektiv und  
27 langfristig vorantreiben. Dabei sollen Genehmigungsverfahren effizienter gestaltet und signifikant  
28 beschleunigt werden, um zeitnah spürbare Erleichterungen für die Allgemeinheit zu verschaffen.  
29 Dazu braucht es bei den entsprechenden Behörden aber auch mehr Personal.

30 Außerdem soll mit sofortiger Wirkung die Privatisierung von Sozialwohnungen eingestellt werden,  
31 da dies anschließend meist signifikante Mieterhöhungen zur Folge hat. Darüber hinaus verlangen  
32 wir die konsequente Enteignung von Grundstücken, die aufgrund von Beschaffenheit, Lage und  
33 Anbindung für den sozialen Wohnungsbau geeignet sind, falls die Eigentümer\*innen aus nicht  
34 verhältnismäßigen oder vorgeschobenen Gründen einen Verkauf ausschließen und etwaige  
35 alternative Grundstücke mit äquivalenter Eignung nicht zur Verfügung stehen. Durch solche  
36 Weigerungen wird der Neubau erheblich verzögert und die Kosten mitunter in die Höhe getrieben.  
37 Dabei zeigt auch die Bayerische Verfassung sehr deutlich, dass sozialer Wohnungsbau Aufgabe  
38 des Staats ist. Art.106 der BayVerf spricht zum einen davon, dass jeder Bewohner Bayerns einen  
39 Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat und die Förderung des Baues billiger  
40 Volkswohnungen Aufgabe des Staates und der Gemeinden ist. Unglücklicherweise ist vor allem  
41 der finanzielle Spielraum von Kommunen eingeschränkt und verhindert einen großflächigen  
42 Neubau. Es gibt einige Ansätze und Ideen, die Kommunen zu entlasten, jedoch haben hier die  
43 Kommunen wenig Einfluss auf solche Programme. Jedoch können Kommunen auch anderweitig  
44 sozialen Wohnungsbau finanzieren. So können günstige KfW-Kredite und Förderprogramme in  
45 Anspruch genommen werden, um in einem ersten Schritt die Kosten besser stemmen zu können.  
46 Leider verhindern aber viele bürokratische Hürden, dass solche Programme ihr volles Potenzial  
47 entfalten können. An diese Stelle müsste von übergeordneten Instanzen angesetzt werden. Durch  
48 die oben genannten Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet sich die Möglichkeit, dass die  
49 aufgenommenen Schulden rentierlich sind, also den Haushalt nicht nachhaltig belasten. Dazu

50 muss langfristig und effizient geplant werden, um einerseits aus den Mieteinnahmen die Schulden  
51 langfristig tilgen zu können und andererseits die Miete kostendeckend ansetzen zu können, um  
52 den Zweck des sozialen Wohnungsbaus zu erfüllen. Hierbei sind auch Kooperationen mit anderen  
53 Kommunen denkbar.

## **D: Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik**

### **D-1: Angleichung unserer Beschlusslage zum Verfassungsschutz**

1 Der Verfassungsschutz hat aufgrund seiner Verstrickung in eine Vielzahl von Skandalen keine  
2 Existenzberechtigung als Schutzsystem unserer Demokratie und sollte daher abgeschafft werden.  
3 Einer unserer zentralen Kritikpunkte ist dabei, dass der Verfassungsschutz nicht in der Lage ist,  
4 gegen rechte Strukturen in Deutschland anzukämpfen, sondern diesen Kampf sogar noch  
5 behindert. Selbst in seinen eigenen Jahresberichten setzt das Amt dabei die Bezeichnung  
6 „Frühwarnsystem“ in Anführungsstriche, als wäre den Mitarbeiter\*innen die Ironie bewusst.

7 Eine reine Reform des Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ erachten wir als unrealistisch,  
8 da die seit Bestehen der Bundesrepublik gewachsenen Strukturen mehrfach bewiesen haben,  
9 dass sie zu Veränderungen nicht bereit sind. Dass eine Person, wie Hans-Georg Maasen über Jahre  
10 hinweg für den sogenannten Schutz dieser Demokratie verantwortlich war und es auch keiner  
11 Person im Verfassungsschutz aufgefallen ist, was für ein Hetzer und Antidemokrat in hoher  
12 Position steht, zeigt die Unreformierbarkeit des bestehenden. Deshalb halten wir es für notwendig  
13 ein gänzlich neues System an seiner statt aufzubauen.

14 Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutz, insbesondere des bayerischen Landesamtes  
15 für Verfassungsschutz.

16 Es braucht stattdessen eine Institution, welche der Gefährdungen der Demokratie effektiv, auf  
17 antifaschistischer und wissenschaftlicher Basis unter Auswertung öffentlicher Quellen  
18 entgegenwirkt. Die Hufeisen- und Extremismustheorie als Arbeitsgrundlage schaffen wir  
19 unverzüglich ab. Wir beenden die Kriminalisierung linker und klimaaktivistischer Gruppen und  
20 ihre Gleichsetzung mit rechtsradikalem Gedankengut.

21 Daher fordern wir die derzeitige Beschlusslage der Jusos Passau und der Jusos Niederbayern  
22 entsprechend zu ändern und schließen uns der Beschlusslage der Landeskonferenz der Jusos  
23 Bayern im Jahr 2013 und des Juso-Bundeskongresses 2019 an.

## **F: Feminismus und Gleichstellung**

### **F-1: Reale Versorgungslage für ungewollt Schwangere anerkennen und Missstand beheben**

**Adressat\*innen:** SPD-Bezirksparteitag

1 Sowohl die SPD als auch unser Verband haben immer wieder das Recht auf die sexuelle und  
2 reproduktive Selbstbestimmung der Menschen erkannt und formuliert. Die Selbstbestimmung  
3 über den eigenen Körper schließt dabei ein, im Fall einer ungewollten Schwangerschaft einen  
4 Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu können. Aber um das Selbstbestimmungsrecht  
5 wahrnehmen zu können, muss auch die entsprechende Grundlage in der Realität der Menschen  
6 dafür vorhanden sein. Im gesamten Bezirk Niederbayern gibt es dabei heute noch gerade einmal  
7 eine Ärztin, welche alle zwei Wochen Termine für Schwangerschaftsabbrüche nach der  
8 Beratungsregel anbietet. Gerade unter Einbezug der Tatsache, dass Schwangerschaftsabbrüche  
9 im Rahmen der Fristenlösung mit Beratungspflicht nach §218a Abs.1 StGB unter zeitlichen Druck  
10 stehen, müssen ausreichend Möglichkeiten bestehen, um diesen Eingriff im straffreien  
11 Zeitrahmen auch wirklich vorzunehmen zu können. In Anbetracht dessen stellt eine Ärztin in  
12 Passau keine ausreichende Versorgungslage dar.

13 Als Jusos Niederbayern erkennen wir die reale Versorgungslage in Niederbayern an und kämpfen  
14 auf allen Ebenen für eine Behebung dieses Missstandes. Es kann zwar nicht davon ausgegangen  
15 werden, dass überall eine identische Versorgungslage erreicht wird, jedoch muss überall eine gute  
16 Versorgungslage bestehen. Städte und Ballungsräume haben andere Möglichkeiten und  
17 Fähigkeiten, aber auch andere Anforderungen als ländliche Gebiete. Unser Ziel ist dabei eine  
18 letztlich flächendeckende Versorgungslage für alle. Die Bundesgesetzgebung sieht nach dem  
19 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) unter § 13 Abs.2 SchKG die Länder in der Verantwortung,  
20 ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von  
21 Schwangerschaftsabbrüchen sicher zu stellen, also die Landesregierung. Doch wer sich auf die  
22 CSU verlässt, der ist verlassen, gerade wenn es um Selbstbestimmungsrechte geht. Statt weiter  
23 Jahrzehnte auf die CSU zu warten, wollen wir eine solidarische Gesundheitsversorgung, die nicht

24 einfach an einer Linie auf einer Karte aufhört, sondern in der Verantwortung für die Menschen  
25 selbstverständlich übernommen wird. Solidarität unterteilt nicht in die richtigen oder falschen  
26 Landkreise und schiebt Handlungsverantwortung nicht auf andere ab, wenn eigene Optionen  
27 bestehen.

28 Zentrales Kriterium für eine gute Versorgungslage ist, dass jede ungewollt Schwangere in der  
29 begrenzten Zeit, welche ihr die momentan noch geltende Gesetzeslage aufzwingt, ohne einen  
30 absurden Zeit- und Kostenaufwand einen Termin erhält. Im Gegensatz zu einer guten  
31 Versorgungslage müssen in der momentanen Lage die ungewollt Schwangeren häufig nach  
32 München oder Nürnberg fahren oder außerhalb Bayerns versuchen rechtzeitig einen Termin zu  
33 erhalten, was regelmäßig auch Berlin bedeutet. Dabei ist der zeitliche Aufwand nur eine  
34 Komponente, die offenkundig jede\*r kennt, der schon einmal von Niederbayern nach München  
35 oder Nürnberg gefahren ist, von Strecken in andere Bundesländer ganz zu schweigen. Selbst für  
36 Personen mit Auto stellen diese Strecken Hindernisse da, besonders wenn Personen nach dem  
37 medizinischen Eingriff auf sich alleine gestellt sind. Wer gezwungen ist, sie mit öffentlichen  
38 Verkehrsmitteln zurück zu legen, erfährt schnell, was 16 Jahre CSU-geführtes Verkehrsministerium  
39 bedeuten. Auf der Strecke München - Passau braucht der Zug nach wie vor je über zwei Stunden.  
40 Bonusminuten oder -stunden gibt es für jede Person, die erst noch zum nächsten Bahnhof  
41 kommen muss. Ein Problem was in Niederbayern durchaus real und relevant ist.

42 Gerade heute spielt dabei auch der finanzielle Aufwand eine immer größere Rolle. In einer Zeit  
43 der Kostensteigerungen wird die Abhängigkeit eines möglichen Schwangerschaftsabbruchs noch  
44 stärker mit dem persönlichen Geldbeutel verknüpft. Treibstoff und Ticketpreise steigen, irgendwie  
45 muss die ungewollt Schwangere zum Gespräch mit einer staatlich anerkannten Beratungsstelle und  
46 dann zur Praxis kommen. All das kosten Zeit, Geld und Nerven einer Person, die ohnehin schon in  
47 einer Situation ist, in der sie nicht sein will. Für uns ist also eindeutig, dass die hier angesprochene  
48 Versorgungslage für Niederbayern sich durch absurden und unzumutbaren Aufwand für  
49 ungewollt Schwangere auszeichnet, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen.



50 Zur Verbesserung der Situation gibt es logischerweise Zwischenschritte, die Stück für Stück zu  
51 einer besseren Versorgungslage führen. Eine fundamentale Vorbedingung für eine Verbesserung  
52 der Versorgungslage für ungewollt Schwangere, die einen Schwangerschaftsabbruch wollen, ist  
53 zuvorderst die Anerkennung der schlechten Versorgungslage, auf deren Basis Handlungen folgen,  
54 um die Situation zu ändern. Schwangerschaftsabbrüche sind auch heute noch ein  
55 gesellschaftliches Tabuthema, welches einer starken Stigmatisierung unterliegt. Ein Totschweigen  
56 der Lage ist dabei weder eine angemessene Reaktion auf den Wunsch nach reproduktiver  
57 Selbstbestimmung noch eine Lösung für die trotzdem ungewollt Schwangeren. Denn nur weil  
58 keine\*r über Schwangerschaftsabbrüche redet, gibt es nicht auf einmal nur noch gewollt  
59 Schwangere. Gesellschaftliche Stigmatisierung und Tabu müssen durchbrochen werden, um zu  
60 einer ehrlichen und sachlichen Debatte über die Sicherstellung von grundlegenden medizinischen  
61 Eingriffen sprechen zu können.

62 Bei der Verbesserung der Versorgungslage sind natürlich auch Praxen von Gynäkolog\*innen, die  
63 sich ansiedeln und Termine für Schwangerschafts-abbrüche anbieten, notwendiger Teil der  
64 besseren Versorgung. Das Schaffen von Anreizen für Gynäkolog\*innen mit der entsprechenden  
65 Ausbildung nach Niederbayern zu kommen oder hier zu bleiben und das Erreichen eines Klimas,  
66 in dem die praktizierende Ärzt\*innen, sowie auch ungewollt Schwangere und Beratungsstellen,  
67 möglichst wenig Hindernissen und Anfeindungen ausgesetzt sind, ist hierfür dringend notwendig.  
68 Sich aber alleine darauf zu verlassen, dass magische Kräfte oder unsichtbare Hände in freier  
69 Wildbahn die Gesundheitsfürsorge sichern, ist ein Irrglaube, der getrost Libertären überlassen  
70 werden kann. Deshalb ist die zentrale Antwort für die zuverlässige und sicher umsetzbare  
71 Verbesserung der Situation von ungewollt Schwangeren, dass an Gesundheitseinrichtungen unter  
72 staatlicher Trägerschaft darauf hingewirkt wird, Ärzt\*innen mit der Fähigkeit  
73 Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregel dort einzustellen. Dies meint vor allem  
74 kommunale Krankenhäuser, welche dann einen Teil der Grundversorgung übernehmen würden.

75

76 Deshalb steht für uns fest:

- 77 • Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung und den Zugang zu  
78 Schwangerschaftsabbrüchen erfordert in direkter Folge eine Versorgungslage, die  
79 ausreicht, um dieses Recht wahrzunehmen;
- 80 • Die Versorgungslage ist dabei in ganz Bayern, speziell in Niederbayern unzureichend;
- 81 • Wir drücken uns nicht vor Verantwortung, sondern nehmen sie an und versuchen auf den  
82 uns zur Verfügung stehenden Ebenen diesem Missstand der Versorgungslage ein Ende zu  
83 setzen;
- 84 • Voraussetzung dafür ist das Durchbrechen der Tabuisierung von  
85 Schwangerschaftsabbrüchen und Stigmatisierung von ungewollt Schwangeren;
- 86 • Dabei spielen gerade Gesundheitseinrichtungen unter kommunaler Trägerschaft die  
87 zentrale Rolle, da diese am ehesten die notwendige Grundversorgung sichern können;
- 88 • Deshalb setzen sich die Jusos, unsere Partei und unsere Mandatsträger\*innen dafür ein,  
89 dass in Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft gezielt Ärzt\*innen mit Ausbildung  
90 zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Beratungsregelung  
91 angestellt werden.

## **F-2: Solidarität mit Betroffenen von übergriffigem Verhalten**

1 Wir, die Jusos Niederbayern, sind ein feministischer Richtungsverband. Das heißt, wir arbeiten  
2 sowohl im Verband als auch in unserer Partei daran, die Strukturen so zu gestalten, dass sich alle  
3 unsere Mitglieder wohlfühlen und sie keine Angst vor Diskriminierung oder anderem  
4 übergriffigem Handeln haben müssen. Täterschützendes Verhalten, auch durch Nichtstun und  
5 Wegsehen, ist für uns deshalb inakzeptabel und kann nicht geduldet werden. Aus dieser  
6 Grundüberzeugung heraus lässt sich für uns die klare Prämisse ableiten, dass der Schutz unserer  
7 Mitglieder immer und bedingungslos an erster Stelle steht, denn wir wissen, auch bei den Jusos  
8 und in der SPD kommt es zu übergriffigem Verhalten. Es geht bei patriarchalen Strukturen immer  
9 um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir auch in der Partei haben. Es ist kein  
10 Randphänomen, welches wir uns ausdenken. Es ist vielmehr ein ernst zu nehmendes Problem,  
11 das den Alltag von vielen Personen bestimmt. Das zeigt auch die Studie des Instituts Allensbach  
12 für die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF Berlin) für die mehr als 500  
13 Politikerinnen befragt wurden. 40 Prozent der Politikerinnen und sogar 60 Prozent der Frauen  
14 unter 45 Jahren gaben an, im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit durch sexistische Sprüche oder  
15 unangemessene Berührungen sexuell belästigt worden zu sein. Die Autor\*innen der Studie  
16 kamen zu dem Schluss: „Sexuelle Belästigung ist in der Politik, wie in anderen gesellschaftlichen  
17 Bereichen auch, ein verbreitetes Phänomen“.

18 Sexistisches Verhalten ist Teil von patriarchalen Strukturen. Dabei verstehen wir Sexismus als eine  
19 Art des Übergriffs, der nicht nur körperlicher Natur sein kann. Auch verbale Übergriffe sind Teil  
20 von sexistischen Mustern. Dies fängt bei anzüglichen Kommentaren an und geht bis zu  
21 Aufforderungen, welche sich durch Machtstrukturen verstärken. Wichtig sind dabei immer der  
22 Kontext und die persönlichen Grenzen der Betroffenen. Gerade im politischen Kontext ist es  
23 wichtig zu erkennen, dass die Reduzierung auf das Äußere oder eine „Verniedlichung“ und  
24 Relativierung von Erfolgen von Genossinnen: weiter zu einer strukturelle Diskriminierung von  
25 FLINTA\*-Person führt. Wir wollen eben jene Strukturen aufbrechen. Neben der strukturellen  
26 Aufgabe von Awareness haben wir selbst den Anspruch, uns gegenseitig zu helfen, wenn

27 gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen sich in unser Verhalten einschleichen. Ziel ist es,  
28 einen zugänglichen Ort für alle zu schaffen. Darüber hinaus wollen wir auch Awarenessstrukturen  
29 in der gesamten Partei aufbauen. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, eine sichere  
30 Atmosphäre nicht nur für Jusos, sondern für alle Genoss:innen zu schaffen.

31 Für uns ist deshalb klar: Den Betroffenen gilt unser größtes Interesse. Wir stehen immer  
32 bedingungslos an der Seite der Betroffenen. Täter Schützen heißt Probleme bekommen, vor allem  
33 von uns! Wir werden weiter kämpfen und übergriffiges Verhalten nicht tolerieren.

# I: Internationales

## I-1: Praktische Solidarität mit der feministischen Revolution im Iran

1 Seit Monaten kämpft die Bevölkerung im Iran gegen das islamistisch-faschistische Mullah-Regime  
2 und seine menschenverachtende Unterdrückung. In den blutigen Protesten spielen seit Beginn  
3 besonders FLINTA\* eine zentrale Rolle, welche gegen die Terrordiktatur und ihre Scherg\*innen  
4 auf die Straße gingen. Die mutigen Protestierenden im Iran durchbrechen die eindimensionale  
5 patriarchale Logik des Islamischen Regimes, indem sie die Ketten ihrer Unterwerfung zerschlagen.  
6 Angetrieben wird dieser Protest vor allem von FINTA: auf den Straßen im Iran ebenso wie im  
7 Ausland und im Internet. FLINTA\*, die sich der Polizei entgegenstellen, FLINTA\*, die ihre  
8 Kopftücher abwerfen, FLINTA\*, die sich als Zeichen des Protests die Haare abschneiden. Es ist ein  
9 feministischer Kampf gegen ein Regime, dessen Herrschaft auf der Unterdrückung von FLINTA\*  
10 fußt.

11 Dabei sind die Proteste längst nicht mehr nur auf einzelne gesellschaftliche Gruppen oder einzelne  
12 Städte beschränkt, sondern schon seit langer Zeit durch weite Teile der iranischen Bevölkerung  
13 getragen. Gerade marginalisierte oder ethnisch unterdrückte Gruppen treten dabei wieder und  
14 wieder in Erscheinung. Die kurdische Parole „Jin, Jiyan, Azadi“ - Frauen, Leben, Freiheit - ist zum  
15 weltweit bekannten Schlachtruf der Revolution geworden, welcher sich von allen westlichen  
16 Politiker\*innen nur zu gerne angeeignet wird, um dann im selben Atemzug dem Konglomerat aus  
17 Türkei und Daesh Honig um den Mund zu schmieren, während Jesid\*innen und Kurd\*innen in  
18 Nordsyrien und dem Irak angegriffen werden. Unterdrückung und Vernichtung der Kurd\*innen  
19 sind dabei nicht nur Ziel des türkischen Faschismus, auch im Iran richtet sich besonders viel Hass  
20 und Gewalt der staatlichen Gewalt auf Kurd\*innen.

21 Der iranische Staat verteidigt sich mit allen Unterdrückungsformen. Die Barbarei, die dabei  
22 gegenüber einfachen Protestierenden an den Tag gelegt wird, kennt keine Grenzen.  
23 Systematische Folter und schwerste Misshandlungen, Amputationen als "Strafe", das

24 systematische Einsetzen von sexualisierter Gewalt und Massenvergewaltigung mit Todesfolgen,  
25 der Einsatz von Kriegswaffen gegen Protestierende, Ermordungen auf offener Straße, in Häusern  
26 und Hinrichtungen nach Schauprozessen. All das wird als angemessen angesehen und von den  
27 Terrorscherg\*innen umgesetzt. Dabei sind die Unterdrückung, besonders von FLINTA\*s, sowie die  
28 internationale Unterstützung islamistischer Gewaltorganisationen und  
29 Vernichtungsantisemitismus gegenüber Jüd\*innen und Israels schon lange zentral für die Existenz  
30 der Islamische Republik Iran.

31 Auch 1979 waren die Straßen im Iran voll mit Demonstrant\*innen. Damals richteten sich die  
32 Massenproteste gegen den iranischen Schah, Mohammad Reza Pahlavi, der sich mit  
33 nationalistischer Symbolik zu legitimieren versuchte und mithilfe des Geheimdienstes SAVAK als  
34 Despot herrschte. Offiziell verfolgte der Schah das Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter.  
35 So erhielten FLINTA\* 1962 das aktive und passive Wahlrecht, 1967 wurde die Scheidung seitens  
36 der Frau erleichtert. Den privaten Freiheiten zum Trotz, die es im Iran vor 1979 gab, waren  
37 politische Partizipation und eine demokratische Opposition nicht möglich. Gleichzeitig herrschte  
38 eine enorme soziale Ungleichheit, während die Herrscherfamilie einen luxuriösen Lebensstil  
39 pflegte. Die Proteste gegen den Schah umfassten daher unterschiedlichste Gruppen: religiöse,  
40 liberal-bürgerliche ebenso wie linke bis kommunistische Gruppen. Ruhollah Chomeini inszenierte  
41 sich bewusst als Integrationsfigur, betonte die Gleichberechtigung der Geschlechter und sprach  
42 sich für demokratische Freiheiten aus. Sein Ziel, einen Gottesstaat zu errichten, verkündete er erst  
43 später. Dabei profitierten Chomeini und seine Anhänger\*innen davon, dass die Geistlichkeit als  
44 einzige auch in der Schah-Zeit über eine gemeinsame Organisation und über die besten  
45 Informationsnetzwerke verfügte. Von Gleichberechtigung und Demokratie blieb nach der  
46 sogenannten "Islamischen Revolution" nichts übrig: Eine Herrschaft der islamischen  
47 Rechtsgelehrten wurde errichtet, de facto konservativer bis fundamentalistischer, alter Männer,  
48 an deren Spitze ein religiöser und zugleich politischer Führer steht. Seitdem ist das Strafrecht nach  
49 der Scharia ausgerichtet, FLINTA\* werden gezwungen, das Kopftuch zu tragen, Alkohol ist  
50 verboten. Ein zwölfköpfiger Wächterrat entscheidet darüber, ob die Beschlüsse des Parlaments  
51 zugelassen werden sowie wer für politische Ämter wie das des Präsidenten kandidieren darf. Die  
52 Möglichkeit der Wahl besteht für iranische Staatsbürger\*innen also nur innerhalb eines engen

53 Korridors, der dieser fundamentalistischen Auslegung des Islam zu folgen hat. Wie eng dieser  
54 Korridor ist, zeigt sich auch in der Bewertung des ehemaligen Präsidenten Hassan Rohani: Der  
55 wurde im Ausland schon deshalb als Reformler begrüßt, weil er sich für Verhandlungen im Atom-  
56 Streit einsetzte. Das Unterdrückungssystem der Islamischen Republik stellte er nie prinzipiell in  
57 Frage. Doch selbst dieser Spielraum wurde dem obersten Führer Chamenei offenbar zu viel:  
58 Lediglich sieben Kandidaturen wurden für die Präsidentschaftswahl 2021 zugelassen, die meisten  
59 davon ultrakonservative Hardliner. Mit Ebrahim Raissi gewann einer dieser Hardliner die Wahl.  
60 Damit ist ein Mann Präsident des Iran, der in den 1980er Jahren für Massenhinrichtungen  
61 verantwortlich war und 2009 Menschen verfolgte, die auf Vergewaltigungen in iranischen  
62 Gefängnissen aufmerksam gemacht hatten.

63 Die große Mehrheit der Iraner\*innen leidet unter Armut und Perspektivlosigkeit. Viele Angehörige  
64 der Mittelschicht haben in den letzten Jahren erheblich Wohlstandseinbußen erlitten. Viele  
65 Menschen im Iran halten sich und ihre Familien mit mehreren Jobs nebeneinander über Wasser.  
66 Die jungen Menschen haben eher Reform-orientierte Regierungen ebenso wie Hardliner-  
67 Regierungen erlebt und feststellen müssen, dass sich an ihrer Lage im Wesentlichen nichts ändert.  
68 Dass die Islamische Republik nicht reformierbar ist. Doch selbst in dieser prekären  
69 wirtschaftlichen Lage gibt es Gruppen, die profitieren und zum Teil enorme Vermögen anhäufen  
70 können. Die Angehörigen der Basidsch-Milizen, die aktuell zur Niederschlagung der Proteste  
71 eingesetzt werden, genießen als Teil des Repressionsapparats eine vergleichbar stabile finanzielle  
72 Lage. Insbesondere aber die Sepâh, die Iranische Revolutionsgarde, stellt die Brücke zwischen  
73 Gewaltherrschaft und wirtschaftlicher Bereicherung dar. Ihre Kernaufgabe ist es, gegen jede  
74 politische Opposition vorzugehen. Ehemalige Kommandeure der Revolutionsgarde besetzen  
75 zahlreiche Schlüsselpositionen in der iranischen Politik und Wirtschaft, organisieren zudem die  
76 illegalen Außenhandels-beziehungen, um die internationalen Sanktionen zu umgehen und  
77 werden immer wieder mit Korruption im großen Stil in Verbindung gebracht. Zugleich ist die Sepâh  
78 der größte Unternehmer des Landes, hat von Privatisierungen ehemaliger Staatskonzerne  
79 profitiert und genießt Steuer- und Zollfreiheit. Zu den Wirtschaftsbereichen, in denen die  
80 Revolutionsgarde aktiv ist, zählen auch das Ölgeschäft sowie Häfen und Flughäfen. Auch auf die  
81 Medien nimmt die Revolutionsgarde Einfluss. Die Mitglieder der Revolutionsgarde sind mit der

82 Islamischen Republik vermögend und einflussreich geworden, sie sind die zentrale Stütze des  
83 Regimes. Auch wenn die am 17.10.2022 beschlossenen EU-Sanktionen eine Untergruppe der  
84 Revolutionsgarde, die Basidsch-Milizen, sowie die sogenannte Sittenpolizei in den Blick nehmen,  
85 sparen sie doch die wirklich mächtige Organisation hinter der Diktatur aus. Die internationalen  
86 Sanktionen müssen endlich gegen die politische und wirtschaftliche Elite des Landes ausgerichtet  
87 werden und dazu zählt zweifellos die Revolutionsgarde. Gleichzeitig ist die Revolutionsgarde, vor  
88 allem die Al-Quds- Brigaden, der wichtigste Akteur in der aggressiven, destabilisierenden  
89 Außenpolitik Irans. Die USA stufen die Revolutionsgarde bereits als Terrororganisation ein. Die EU  
90 muss dieser Einschätzung endlich folgen. Solange die Angehörigen dieser Organisation von der  
91 Diktatur profitieren, werden sie die Diktatur stützen.

92 Am 3. Januar 2020 wurde Qasem Soleimani durch das US-Militär in Bagdad getötet. Der Iran  
93 antwortete mit martialischen Drohungen und Attacken auf US-amerikanische Militärbasen und  
94 mit dem unbeabsichtigten Abschuss eines Passagierflugzeugs. Das irakische Parlament forderte  
95 den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak, was den iranischen Einfluss weiter stärken  
96 würde. Und auch in Deutschland herrschte vielerorts die Deutung vor, die USA seien für die  
97 neuerliche Eskalation im Konflikt mit dem Iran verantwortlich. Dabei kamen Krieg und Eskalation  
98 in der Region nicht erst mit dem Tod Soleimanis. Im Gegenteil: Soleimani war einer der  
99 Hauptverantwortlichen für das Sterben im Nahen Osten und an seiner Person lässt sich  
100 beispielhaft beschreiben, wie der Iran den Krieg in seinen Nachbarländern nicht nur  
101 vorangetrieben, sondern auch immer weiter entgrenzt hat. Qasem Soleimani war bis zu seinem  
102 Tod Kommandeur der Al-Quds-Brigaden und damit direkt dem iranischen Revolutionsführer und  
103 Staatsoberhaupt Ali Chamenei unterstellt. Er wurde als zweitmächtigster Mann des Irans  
104 gehandelt. Seine Brigaden, ein Teil der Iranischen Revolutionsgarde, dienen offiziell dem Export  
105 der Iranischen Revolution in der Region und bilden eine Spezialeinheit für extraterritoriale  
106 Aktionen. Ganz konkret heißt das, dass die Quds-Einheiten pro-iranische Milizen unter anderem  
107 in Syrien, im Irak, im Libanon, im Gazastreifen (Teile der Hamas und Islamischer Dschihad) und im  
108 Jemen mit Ausbildung, Waffen und Finanzierung unterstützen. Faktisch war Qasem Soleimani der  
109 Kommandeur eines ganzen Netzwerks aus iranischen Terroragenten im Ausland. Diese Stärkung  
110 und Steuerung von Milizen trägt zur Destabilisierung der Region bei und verhindert beispielsweise



111 im Irak die Wiedererrichtung eines staatlichen Gewaltmonopols. Qasem Soleimani als Architekten  
112 des Terrors zu bezeichnen, ist keine propagandistische Deutung: Angriffe auf amerikanische  
113 Militärbasen, auf die US- Botschaft in Bagdad und auf Israel legen Zeugnis vom Terror ab, den das  
114 iranischen Expansionsstreben erzeugt. Der Iran will durch nicht-staatliche Milizen seine  
115 Nachbarländer unterwandern und eine Vormachtstellung in der Region erringen. Soleimani war  
116 der Kopf hinter dieser Strategie. Dabei werden die klassischen Regeln der Kriegsführung vom Iran  
117 ausgehebelt, der über nicht-staatliche Milizen nicht-staatliche Kriege führt. Von einem Iran, der  
118 seine Milizen zum Sturm auf die US- Botschaft aufhetzt und der unter dem fadenscheinigen  
119 Deckmantel verbündeter Terrororganisationen Israel beschießt. Von einem Iran, der als bewusste  
120 Strategie die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt. Diese Strategie wurde von Qasem  
121 Soleimani perfektioniert. Eine Glaubwürdigkeit des Völkerrechts im Nahen Osten kann nur  
122 erreicht werden, wenn die verdeckte Kriegsführung des Irans und weiterer Staaten endet.

123 Statt jedoch das vom iranischen Hegemoniestreben verursachte Leid in den Fokus zu rücken,  
124 bedienten sich viele Medien in Deutschland eines etablierten Orientalismus: Die sogenannte  
125 „schiitische Welt“ trauerte um Soleimani. Es wurden Aufnahmen von Menschenmengen im Iran  
126 und Irak gezeigt, die „Tod Amerika“ und „Tod Israel“ forderten. Vergessen wurden die vielen  
127 tausend Menschen, die im Irak gegen den Einfluss des Iran und für die Souveränität ihres Staates  
128 demonstriert hatten (unabhängig von ihrer Konfession). Vergessen wurden auch die  
129 Demonstrant\*innen im Iran, die damals (2019/20) ebenfalls gegen ein korruptes, islamistisches  
130 Regime und katastrophale Lebensbedingungen demonstriert hatten. Vor allem wurde vergessen,  
131 dass diese vielen Menschen unter Gefährdung ihres Lebens demonstriert hatten: Iranische  
132 Sicherheitskräfte und vom Iran gesteuerte Milizen im Irak töteten hunderte Demonstrant\*innen,  
133 tausende wurden verletzt und verhaftet. Das iranische Regime tötet nicht nur innerhalb der  
134 eigenen Landesgrenzen. Die aggressive Außenpolitik des Iran muss als solche benannt und vor  
135 allem die darunter leidenden Zivilist\*innen in den Fokus gerückt werden.

136 Die gewalttätige Politik des iranischen Regimes macht sich nicht ausschließlich in unmittelbaren  
137 Nachbarländern des Iran bemerkbar. Der russische Präsident Putin, ein Verbündeter des  
138 iranischen Regimes, wird in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine vom Iran

139 unterstützt. Das russische Militär setzte bei den Angriffen auf die Zivilbevölkerung in Kyiv im  
140 Oktober 2022 iranische Kamikaze-Drohnen ein. Zudem bezieht Russland Kurzstreckenraketen  
141 vom Iran, mit denen ukrainische Städte beschossen werden können und füllt damit sein  
142 Raketenarsenal wieder auf. Hier steht eine Diktatur der anderen bei. Fest etabliert im Kanon der  
143 iranischen Propaganda ist außerdem der Al-Quds-Tag, der erstmals vom Revolutionsführer  
144 Chomeini ausgerufen wurde und seitdem in zahlreichen Ländern als Bühne für Hass gegen Israel  
145 und die USA dient. Das iranische Regime ist ein weltweiter Förderer für Antisemitismus - auch in  
146 Deutschland. Nicht ohne Grund schließen sich auch immer wieder Neonazis den Al-Quds-  
147 Märschen in Deutschland an. Der Iran verfolgt nach wie vor das Ziel, Israel auszulöschen und  
148 bettet diesen Antizionismus seit 1979 in eine Rhetorik des vermeintlich antiimperialistischen  
149 Befreiungskampfes ein. Israel ist für das iranische Regime nichts weiteres als ein  
150 Besatzungsregime und Vorposten des verhassten Westens, insbesondere der USA. Es überrascht  
151 nicht, dass Mahmud Ahmadineschad als iranischer Staatspräsident die Shoah leugnete. Seit der  
152 sogenannten Islamischen Revolution 1979 weigert sich das Regime, Israel anzuerkennen und steht  
153 damit Frieden und Stabilität im Nahen Osten entgegen.

154 Es ist also klar, dass unter dem historischen Hintergrund das iranische Regime fundamental auf  
155 der Unterwerfung der Menschen unter seine Gewalt basiert. Das Ende der  
156 menschenverachtenden Unterdrückung und der terroristischen Gewalt im In- und Ausland ist  
157 voraussichtlich gleichbedeutend mit einem Ende der Islamischen Republik Iran, in seiner jetzigen  
158 staatlichen Verfasstheit. Während diese mutigen Menschen im Iran Widerstand gegen einen  
159 massiven Unterdrückungsapparat leisten, dürfen wir Jusos nicht schweigen. Unsere Solidarität  
160 gehört den Demonstrant\*innen im Iran ebenso wie allen Iraner\*innen im Exil, die zum Teil schon  
161 seit Jahrzehnten für einen demokratischen Wandel im Iran kämpfen.

162 Wir fordern deshalb:

- 163 • das Ende der Gewalt gegen die Demonstrant\*innen im Iran.
- 164 • Umfassende Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat des iranischen Regimes und  
165 diejenigen, die davon profitieren. Die EU-Maßnahmen vom 17. Oktober, die unter anderem

- 166 gegen die Gašt-e eršād (“Sittenpolizei”) sowie die Basidsch-Milizen gerichtet sind, sind ein  
167 richtiger erster Schritt. Die Liste der sanktionierten Personen und Organisationen muss  
168 jedoch deutlich ausgeweitet werden. So müssen auch die Revolutionsgarde, die mit ihnen  
169 verbundenen Unternehmen und Vermögenswerte sowie die obersten Machthaber im Iran in  
170 den Fokus der Sanktionen rücken. Denn bei aller Unterdrückung und Armut im Iran, die  
171 Angehörigen der Elite und ihre Angehörigen genießen nach wie vor Freiheiten, die sie  
172 anderen verwehren, sowie zum Teil enormen Wohlstand.
- 173 • Die Revolutionsgarde auf die EU-Terrorliste zu setzen.
  - 174 • das Ende der einseitigen Fokussierung auf die Atom-Verhandlungen. Iranische Oppositionelle  
175 fürchten nicht ohne Grund, dass der EU, insbesondere Deutschland, ein Erfolg in den Atom-  
176 Verhandlungen wichtiger ist als ein entschlossenes Vorgehen gegen das iranische Regime.  
177 Für uns ist klar: Mit einem Regime, das feministische und demokratische Proteste gewaltsam  
178 niederschlägt, kann kein verlässliches Abkommen geschlossen werden.
  - 179 • ein entschlossenes Vorgehen auch gegen die konventionelle Aufrüstung im Iran,  
180 insbesondere das Mittelstreckenraketenprogramm, das bislang nicht im Atom- Abkommen  
181 enthalten war und eine enorme Bedrohung für Israel darstellt. Diese konventionelle Rüstung  
182 darf nicht länger ausgeklammert werden.
  - 183 • einen Stopp der Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen mit Vereinen und Institutionen, die  
184 dem iranischen Regime nahestehen. Das betrifft unter anderem das Islamische Zentrum  
185 Hamburg.
  - 186 • ein entschlossenes Vorgehen gegen Ableger des iranischen Regimes in Deutschland wie die  
187 Organisator\*innen der antisemitischen Al-Quds-Märsche, dass das Angebot der Deutschen  
188 Welle auf Farsi ausgebaut wird, um Iraner\*innen den Zugang zu politischen Informationen  
189 jenseits der staatlichen Zensur zu erleichtern.
  - 190 • die Demonstrant\*innen beim Zugang zum Internet zu unterstützen. Dabei reicht es nicht,  
191 wenn Privatpersonen aus dem Ausland versuchen zu helfen. Der Zugang zum Internet ist ein  
192 zentraler Bestandteil der Proteste und muss deshalb in Deutschland von staatlicher Seite  
193 unterstützt werden.

- 194 • Sichere Fluchtrouten sowie eine erleichterte Einreise in die EU für Iraner\*innen. Das betrifft  
195 Asylverfahren ebenso wie die Vergabe von Visa. Die Zeiten, in denen vor allem junge  
196 Iraner\*innen kein deutsches Visum bekommen haben, müssen endlich vorbei sein.
- 197 • erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner\*innen durch deutsche Sicherheitsbehörden,  
198 sowie die Einrichtung von Anlauf- und Meldestellen für Betroffene.
- 199 • dass die Haushaltskürzungen im Bereich der ausländischen Kultur- und Bildungspolitik  
200 gestoppt werden. Stattdessen braucht es einen Ausbau der Mittel, z.B. um iranischen  
201 Studierende und Wissenschaftler\*innen Stipendien in Deutschland zu finanzieren.
- 202 • einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran.
- 203 • dass sich Jusos und SPD den vielerorts stattfindenden Demonstrationen gegen das iranische  
204 Regime anschließen.
- 205 das Ende der Diskriminierung von FLINTA\*, ethnischen Minderheiten, Angehörigen der LGBTQIA+  
206 Community und anderer marginalisierter Gruppen im Iran, die Freilassung aller politischen  
207 Gefangenen und wie von den Protestierenden stets gefordert, die Durchführung eines freien  
208 Referendums über die Zukunft des Irans.

## **K: Kampf gegen Rechts**

### **K-1: Autoritäre Antidemokrat\*innen entschieden bekämpfen - Zum Umgang mit der AfD**

**Adressat\*innen:** SPD-Bezirksparteitag

1 Mittlerweile ist in beinahe allen Parlamenten und Gremien mit der Alternative für Deutschland  
2 (AfD) eine von extrem rechten Antidemokraten geführte Partei vertreten. Die bayerischen  
3 Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagsabgeordneten müssen sich täglich mit dieser Partei und  
4 ihren Vertreter\*innen auseinandersetzen. Die anstehenden Bezirkstags- und Landtagswahlen  
5 werden diese Auseinandersetzung wieder erneut aufflammen lassen. Die Kandidierenden vor Ort  
6 müssen sich darauf einstellen, im Wahlkampf mit faschistischen Antidemokraten und ihren  
7 Unterstützer\*innen konfrontiert zu werden und sich auf diese Konfrontation vorbereiten.  
8 Genoss\*innen werden dabei auf Mitglieder der AfD treffen. Beispielhaft kann das  
9 Abstimmungsverhalten der SPD im Niederbayerischen Bezirkstag zu einer Initiative der AfD, die  
10 sich gegen Geschlechtergerechte Sprache richtete, zeigen, dass es viel Fingerspitzengefühl bedarf,  
11 um sich nicht den nachvollziehbaren Vorwurf gefallen lassen zu müssen, mit der AfD in einem  
12 Boot zu sitzen. Aber auch ungünstige Photographien bei einem AfD-Besuch im Rathaus oder  
13 unglückliche Kommentare während einer Sitzung, nimmt die AfD in ihrer propagandistischen  
14 Hetze dankbar an.

#### **15 Selbstinszenierung einer rechtsextremen Partei**

16 Die AfD inszeniert sich als demokratische Partei, die ein vermeintliches politisches Vakuum rechts  
17 der CSU füllt und gezielt den Finger in die Wunde lege bei Themen, vor denen sich andere Parteien  
18 scheuen würden. Wer diesen offenkundigen Versuch, die Menschen hinters Licht zu führen nicht  
19 erkennt und benennt, ist unserer Demokratie keine Hilfe. Denn die AfD ist die Heimat von  
20 Rechtsextremist\*innen und Verschwörungstheoretiker\*innen jeder Couleur, die kein Interesse  
21 am Mitwirken in den Institutionen der Demokratie haben, sondern diese lediglich als ihre Bühne  
22 missbraucht. Im Bayerischen Landtag zeigt die Partei seit Jahren durch ihre Anträge und  
23 Redebeiträge, dass ihr einziges Interesse darin besteht, zu provozieren, zu spalten und Konflikte

24 anzuheizen, um daraus selbst politisches Kapital zu schlagen. Sie liefern dabei nie konstruktive  
25 Vorschläge und ihre Beiträge weisen keinerlei inhaltliche Tiefe auf.

26 Die AfD-Landtagsfraktion zeigt unter dem Brennglas die Strukturen dieser Partei: Rechtsaußen im  
27 Parlament sitzt ein faschistisches Sammelbecken aus Wutbürgern, die nur durch ihre  
28 Unzufriedenheit und ihren Hass auf alle Andersdenkenden geeint sind. An die Spitze dieser  
29 Truppe haben sich schon lange rechtsradikale Hardliner gesetzt, die nichts von der Sacharbeit in  
30 einem Parlament halten und die Schlagrichtung der Fraktion vorgeben, indem sie alle Initiativen  
31 der AfD auf die immer gleichen rechtspopulistischen Themen lenken. Sie wollen nicht an  
32 Sachthemen arbeiten und diskutieren, ihr einziges Ziel ist es, eine Bühne zu haben, um sich  
33 wahlweise als vermeintliche Retter der Nation oder als missverstandene Opfer von Ausgrenzung  
34 zu stilisieren. Dass die AfD dabei schon lange offen menschenfeindliches und rechtsextrems  
35 Gedankengut vertritt, hält sie nicht von einer konstant anhaltenden weiteren Radikalisierung ab.  
36 Jedes Mitglied der Landtagsfraktion arbeitet an dieser weiteren Radikalisierung aktiv mit oder  
37 toleriert diesen Kurs zumindest.

38 Diese Feststellung gilt aber nicht nur für die Landtagsfraktion, sondern für die gesamte bayerische  
39 AfD und ihre Mitglieder. Dabei handelt es sich bei dem bayerischen Landesverband ohnehin um  
40 eine der am weitesten radikalisierten deutschlandweit. Unter den unzähligen Beispielen zeigen  
41 dabei besonders die 2021 bekannt gewordenen AfD-internen Chatverläufen aus Bayern, was die  
42 AfD und ihre Sympathisant\*innen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten halten. In den  
43 Chatverläufen lassen sich aber dutzende rassistische und menschenverachtende Ergüsse puren  
44 Hasses finden, Landtagsabgeordnete der AfD fabulieren einen nahenden Bürgerkriegszustand  
45 herbei, bei dem sie mit einem Umsturz die Macht übernehmen können. In allen Gruppen waren  
46 Führungsfiguren der AfD, die danach entweder etwas von Meinungsfreiheit geredet haben oder  
47 von nichts gewusst haben wollten.

48 Während der akuten Lage der Corona-Pandemie wurde wieder einmal deutlich, wohin sich die AfD  
49 bewegt. Sie stellte dabei auch in Bayern eines der zentralen Scharniere zwischen vermeintlichen  
50 Wutbürger\*innen, Verschwörungs-ideolog\*innen und Rechtsextremist\*innen her, verbunden im

51 wahnhaften Glauben in einer fürchterlichen Diktatur zu leben. Zahllose AfD-Politiker\*innen waren  
52 regelmäßige Besucher\*innen und Redner\*innen auf den unzähligen Aufzügen der Pandemie-  
53 Leugner\*innen. Gerade auch in Niederbayern fielen AfD-Abgeordnete, wie Ralf Stadler, durch ihre  
54 Hetzreden auf, in denen er explizit auch gegen Genoss\*innen Hass und Lügen streute. Dabei sind  
55 die erst kürzlich verhinderten Umsturzpläne nur die aktuellste Warnung. Denn in dem Kreis der  
56 Putschist\*innen waren nicht nur Reichsbürger und Verschwörungs-mytholog\*innen, sondern mal  
57 wieder Angehörige der deutschen Sicherheits-behörden, Polizisten, Soldaten und eine Richterin.  
58 Die Richterin selbst war AfD-Bundestagsabgeordnete. Trotz dieser erdrückenden Faktenlage, die  
59 zeigt, wie tief im autoritären Sumpf des Antidemokratischen sich die AfD bewegt, übt sie sich  
60 immer wieder in Selbstverharmlosung und das teilweise leider auch erfolgreich.

61 Die Kandidierenden der AfD versuchen sich an die Vertreter\*innen anderer Parteien anzubiedern  
62 und sich als handzahmer „Kollege“ und „normaler Wettbewerber“ um Mandate und Ämter  
63 darzustellen.

64 Diese Taktik ist bereits aus den Parlamenten bekannt und kann nicht darüber hinwegtäuschen,  
65 dass alle AfD-Kandidierenden eine zutiefst völkisch nationalistische und in mittlerweile  
66 erheblichen Teilen faschistische Partei unterstützen. Die Eskalation wird von ausgewählten  
67 Parteimitgliedern betrieben, während die Vertreter\*innen vor Ort meist probieren sich handzahn  
68 zu geben, um Angriffe und Kritik ins Leere laufen zu lassen. So geben sich auch die  
69 Mandatsträger\*innen der AfD im alltäglichen Umgang und in den Ausschüssen freundlich und  
70 zurückhaltend, um anschließend aufs Schlimmste unsere Abgeordneten anzugehen, sobald sie im  
71 Plenarsaal oder vor den Medien eine Bühne dafür erhalten. Diese Spielchen dürfen wir nicht  
72 mitspielen und müssen von vornherein klare Kante gegen die Rechtsradikalen zeigen. Die AfD ist  
73 keine Partei wie alle anderen und ist in weiten Teilen nicht Teil des demokratischen Spektrums.  
74 Dies muss die SPD gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien deutlich machen.

#### 75 **Zum Umgang mit der AfD im Wahlkampf**

76 Die SPD-Kandidierenden sind gehalten bei Einladungen zu Veranstaltungen, auf denen der AfD  
77 eine Bühne geboten werden soll, zu erklären, dass man nicht mit der AfD auf ein Podium gehen

78 wird. Wir bieten ihnen weder Raum für Provokationen und Propaganda, noch für ihre  
79 scheinheilige Inszenierung als vermeintliche bürgerliche Alternative. Zahlreiche Interviews,  
80 Debatten und Diskussionen der letzten Jahre zeigen, dass selbst hartnäckiges Diskutieren und  
81 Nachfragen letztlich nicht helfen, um sie zu demaskieren. Im Gegenteil suchen die Vertreter\*innen  
82 der AfD die Eskalation, sobald sie Widerspruch erhalten und ihre Statements hinterfragt werden.  
83 Sie stilisieren sich als Opfer, wenn sie auf offener Bühne angegangen und auf ihrer Ideologie  
84 festgenagelt werden. Für Kandidierende ist der Reiz groß, jede Bühne, die ihnen angeboten wird,  
85 zu nutzen. Ebenso groß ist der Reiz, die AfD in der direkten Konfrontation zu entzaubern. Dabei  
86 hat sich die AfD in den letzten Jahren bereits selbst entzaubert und regelmäßig offenbart, dass sie  
87 eine völkisch nationalistische Partei ist. Ihr eine Bühne zu bieten nutzt nur der AfD selbst. Es ist  
88 deshalb ratsam, im Vorfeld mit den Vertreter\*innen der anderen demokratischen Parteien  
89 Kontakt aufzunehmen und sie aufzufordern, es gleichzutun. In Passau laufen deshalb schon seit  
90 Oktober letzten Jahres Gespräche zwischen Gewerkschaften und demokratischen politischen  
91 Parteien, sowie politischen Jugendverbänden. Leider bisher ohne Beteiligung durch SPD-  
92 Kandidierende. Das Ziel ist es dabei aber nicht, die Bühne aufzugeben, sondern die Isolierung der  
93 AfD und ihr Fernbleiben von ebendieser Bühne. Das eigene Fernbleiben ist als letzte Konsequenz  
94 aber dringend geboten! Dabei ist klar, dass wir nicht den Konflikt und die inhaltliche  
95 Auseinandersetzung mit der AfD und ihren Vertreter\*innen scheuen. Im Wahlkampf wird es in  
96 den sozialen Medien und in den Fußgängerzonen unvermeidbar zur Konfrontation kommen. Auch  
97 wenn wir bei diesen Diskussionen nie davon ausgehen können, unser Gegenüber von unseren  
98 Argumenten zu überzeugen, sollen alle Außenstehenden schnell erkennen, wer die besseren  
99 Argumente hat.

## 100 **Zum Umgang mit der AfD in Parlamenten**

101 Es wird voraussichtlich auch weiterhin so sein, dass wir nach den Wahlen vielerorts  
102 Vertreter\*innen der AfD in Parlamenten und Gremien begegnen. Die Auseinandersetzung mit  
103 Rechtsradikalen weitet sich über den Wahlkampf hinaus von unseren Abgeordneten auf die  
104 gesamte Basis aus. Alle sind gefordert, mit dieser Aufgabe entsprechend verantwortungsvoll  
105 umzugehen. Wir müssen verhindern, dass demokratische Prozesse von Demokratiefeinden



106 ausgenutzt werden, um an die Macht zu kommen. Die Wahl in ein kommunales Parlament  
107 legitimiert sie nicht als politische Akteure, denen wir begegnen wie allen anderen, denn Sie sind  
108 keine Demokrat\*innen, so sehr sie es auch betonen. Unsere Glaubwürdigkeit als Speerspitze im  
109 Kampf gegen Rechts bewahren wir uns nur, wenn wir in der Fläche an unseren antifaschistischen  
110 Prinzipien festhalten. Wir machen keine gemeinsame Sache mit der AfD und werden uns in keiner  
111 Weise dazu reizen lassen, mit ihr zu paktieren. Deshalb rufen wir alle Mitglieder und speziell unsere  
112 Kandidierenden auf:

- 113 • Sich in antifaschistischen Bündnissen während und nach der Wahl einzubringen;
- 114 • Der AfD keine Bühne zu bieten, indem man mit ihr auf Podiumsdiskussionen diskutiert,  
115 gemeinsame Fotos macht oder Pressetermine mit ihnen wahrnimmt;
- 116 • Der AfD in allen Gremien entschieden entgegenzutreten;
- 117 • Keinen Anträgen oder Kandidaturen der AfD zuzustimmen;
- 118 • Die AfD deutlich als autoritäre, antidemokratische Partei zu benennen.

# **O: Organisationspolitik**

## **O-1: RPJ-Topf gründen**

**Adressat\*innen:** SPD-Bezirksparteitag, SPD-Fraktion im Bezirkstag

1 Die Arbeit der Jusos in Niederbayern, auf Bezirks- sowie auf Unterbezirks-/ Kreis- und  
2 Stadtverbandsebene ist geprägt von einem Mangel an finanziellen Mitteln. Allerdings stehen wir  
3 gerade vor einer Vielzahl an Herausforderungen. So haben wir in den letzten drei Jahren einen  
4 massiven Mitgliederschwund erlebt, es fällt immer schwerer Vorstände zu besetzen und ein  
5 weiterer Unterbezirk ist inaktiv geworden. Uns brechen vermehrt Strukturen weg. Und auch die  
6 erhofften Eintritte bleiben bis jetzt aus. Die Corona-Pandemie hat auch dazu geführt, dass weniger  
7 Wissen von erfahrenen zu neuen Mitgliedern transferiert wurde. Unser Auftrag zur politischen  
8 Bildung unserer Genoss\*innen gelingt nur bedingt. Alles in allem ist unsere Arbeit aber gerade  
9 extrem erschwert.

10 Deshalb fordern wir:

- 11 • von den Jusos Niederbayern auf die Vertretungen der anderen demokratischen  
12 Jugendparteien zuzugehen und die Bedingungen für eine Gründung des RPJ-Topfes 2024  
13 mit ihnen anzustreben und in diesem Jahr vorzubereiten
- 14 • von den Jusos Niederbayern sich bei anderen Jusoebenen, die selbst Erfahrung mit einer  
15 Neugründung eines RPJ-Topfes haben, zu informieren
- 16 • von der SPD-Fraktion und dem Vorstand der SPD-Niederbayern sich politisch für die  
17 Schaffung des RPJs einzusetzen und sie zu verfolgen
- 18 • von den Jusos Niederbayern sich gegebenenfalls bei anderen Bezirken, die einen RPJ  
19 haben, das nötige Wissen zum Umgang mit RPJ-Geldern zu erfragen

### **Begründung:**

21 Um den oben beschriebenen Problemstellungen Herr zu werden, ist es nötig, unsere  
22 Bildungsarbeit wieder massiv auszubauen, dies ist aber nur mit einer entsprechenden  
23 Finanzierung möglich. Uns ist klar, dass der SPD-Bezirk diesen hohen Bedarf nicht vollständig mit

24 eigenen Mitteln decken kann. Deshalb wollen wir unsere Mittel zusätzlich erhöhen, indem wir uns  
25 mit anderen demokratischen Jugendparteien, die teilweise vor den selben Problemen stehen,  
26 zusammenschließen und die politische Bildung junger Menschen in Niederbayern gewährleisten.